

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

RECHTSREFORMEN IN ZENTRALASIEN

■ ANALYSE

Zur Entwicklung eigenständiger Gerichte in Zentralasien 2
Von Jens Deppe, Taschkent

■ DOKUMENTATION

Zehn Jahre Astana – Die Presse Kasachstans zum Hauptstadtjubiläum 7

■ CHRONIK

Vom 23. Juni bis 25. Juli 2008 13

Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.



Analyse**Zur Entwicklung eigenständiger Gerichte in Zentralasien**

Von Jens Deppe, Taschkent

Zusammenfassung

Rechtssicherheit und rechtsstaatliche Strukturen sind wichtige – wenn auch bei weitem nicht die einzigen – Erfolgsvoraussetzungen für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Im Folgenden werden einige Aspekte der Rechtsentwicklung in Zentralasien dargestellt und zwar vor allem im Hinblick auf die Entstehung einer professionellen und eigenständigen Gerichtsbarkeit. Der Blick auf Ausschnitte dieser Entwicklung gibt einen ersten Eindruck von den bisherigen Erfolgen, vom jetzigen Zustand und von den zukünftigen Reformaufgaben in Zentralasien.

Zur allgemeinen Einschätzung der staatlichen Entwicklung in Zentralasien werden häufig Schlagworte benutzt. Begriffe wie Präzidentialismus, Sultanismus und Klan-Wirtschaft helfen aber zum Verständnis der Vorgänge nicht weiter. Erfolgversprechender scheint die Zerlegung des Begriffs Rechtsstaat in seine Elemente und die genauere Betrachtung der Voraussetzungen für die Rechtssicherheit und den Rechtsschutz der Bürger zu sein. Es ist also zu fragen: Welche Rolle spielt das Recht, wie wird es angewendet und welchen Stellenwert hat die Rechtsprechung der staatlichen Gerichte in Zentralasien?

Rechtsstaatliche Grundsätze

Mit Blick auf den Zerfall der Sowjetunion und die danach einsetzende Transformation ihrer Nachfolgestaaten ist es sicher richtig, vom ständigen Wandel des Rechts im gesellschaftlichen Kontext auszugehen, so wie es schon Lorenz v. Stein (1815 – 1890) getan hat. Er stellte außerdem fest, dass jede Gesellschaftsordnung ihre eigenen Rechtsbegriffe habe. Bei der Betrachtung der Rechtsstaatlichkeit der präsidentiellen Systeme Zentralasiens in erster Linie vom deutschen Rechtsstaatsprinzip auszugehen, ist deshalb (möglicherweise) unangemessen. Dennoch seien seine Bestimmungen hier als Orientierungspunkt genannt. Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes lautet: *»Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.«* Dieser allgemeine Rechtsgrundsatz bindet alle Träger öffentlicher Gewalt und hat durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts einige ins Detail gehende Konkretisierungen erfahren. Abgesehen von der Bindung an Gesetz und Recht sind aufzuzählen:

- die notwendige Legitimation staatlichen Handelns durch förmliche Gesetze,
- das Gebot der Bestimmtheit von Rechtsvorschriften,
- das Verbot der Rückwirkung von nachteiligen Rechtsvorschriften,
- der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffe in verfassungsrechtlich geschützte Grundrechte,
- der Anspruch auf wirkungsvollen gerichtlichen Rechtsschutz auch im Privatrecht,
- das Recht des strafrechtlich Angeklagten auf ein faires Gerichtsverfahren.

Misst man die rechtspolitischen Realitäten in Zentralasien an diesen Maßstäben, so kommt man wie oben bereits vermutet zu der Schlussfolgerung, dass diese Grundsätze dort offenbar nicht in gleicher Form gelten. Dies gilt zum Beispiel für die präsidentiellen Dekrete im Range oder zumindest mit der Funktion eines parlamentarischen Gesetzes, für die vielen Verweisungen der Gesetze auf untergesetzliche (d. h. exekutive) Rechtsakte, für die mitunter ins Leere führenden Verweisungen auf nicht vorhandene Regelungen, für kurzfristige Enteignungen, rückwirkende Rechtsvorschriften, willkürliches oder bestelltes Handeln von Ordnungsbehörden sowie auch für den z. T. real noch immer erschwerten Zugang zum Gericht und die bekannten Defizite bei der Umsetzung gerichtlicher Entscheidungen im Wege der Zwangsvollstreckung.

Trotz dieser signifikanten Abweichungen ist nicht zu leugnen, dass wichtige Elemente des deutschen Rechtsstaatsprinzips auch vor dem Hintergrund einer anderen Rechtsordnung als moralische Mindestanforderungen formuliert wurden. Diese müssen vorhanden sein, damit überhaupt von der Rechtmäßigkeit (»legality«) einer Rechtsordnung ausgegangen werden könne. L. L. Fuller (Harvard Law School) zählt dazu etwa die notwendige generelle Geltung von Rechtsnormen, ihre öffentliche Bekanntmachung, das Rückwirkungsverbot belastender Regelungen, die Rechtsklarheit, ihre Widerspruchsfreiheit, ein Mindestmaß an Beständigkeit und den Vertrauensschutz in den Gesetzeswortlaut. Nur wenn diese Voraussetzungen vorliegen, könne von einer »inneren Moralität« des Rechts gesprochen werden.

Geht man von diesen Mindestanforderungen aus, die für jeden Rechtsstaat gelten sollten, so fragt sich, wie ihre Einhaltung am besten sichergestellt werden

kann. Die generelle Geltung von Rechtsnormen würde voraussetzen, dass bei ihrer Anwendung der Gleichheitsgrundsatz beachtet wird. Vergleichbare Sachverhalte sollen nicht ohne guten Grund ungleich behandelt werden. Die Verwaltungsbehörden sind dazu verpflichtet, diesen Grundsatz zu beachten, und die staatlichen Gerichte sind dazu berufen, seine Einhaltung zu überprüfen. Die Gerichtsbarkeit ist die maßgebliche Kontrollinstanz für die rechtsstaatliche Anwendung des Rechts, für die Vermeidung von Willkür und für gleichmäßiges Verwaltungshandeln.

Eine Verwaltungsgerichtsbarkeit ist in Zentralasien aber erst in Ansätzen im Entstehen begriffen, so vor allem in Kasachstan, wo mit der Ausarbeitung eines »Administrativ-prozessualen Kodex« begonnen wurde. In Usbekistan wurde die Sanktionierung der meisten Ordnungswidrigkeiten im Jahr 2005 auf die Gerichte übertragen. Dieser Schritt wurde als wichtiger Beitrag zur Liberalisierung der gewerblichen Unternehmen bezeichnet. Er hatte aber auch zur Folge, dass die usbekischen Wirtschaftsgerichte nunmehr für die Entscheidung wirtschaftsrechtlicher, verwaltungsrechtlicher und ordnungsrechtlicher Streitigkeiten zugleich zuständig sind.

Auch die Betrachtung der weiteren, von Fuller genannten Kriterien führt zu weitreichenden Schlussfolgerungen. Das Erfordernis der öffentlichen Bekanntmachung von Rechtsnormen würde z. B. bedeuten, dass sich die Behörden in keinem Fall auf unveröffentlichte untergesetzliche Rechtsakte stützen dürfen. Die allgemeine Beachtung der Rechtsprechung würde zudem voraussetzen, dass auch die gerichtlichen Entscheidungen in einem nennenswerten Umfang veröffentlicht werden. Die Rechtsklarheit der Gesetze und die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung erforderten z. B. in allen Staaten Zentralasiens verstärkte Anstrengungen bei der Konsolidierung der Zivilgesetzbücher und der Abgleichung der einzelnen zivil- und wirtschaftsrechtlichen Gesetze.

Der Schutz des Vertrauens in den Wortlaut der Gesetze wird durch den nach wie vor verbreiteten Gesetzespositivismus der sowjetischen Rechtswissenschaft entscheidend gefördert. Hierin könnte man – auch im Vergleich mit dem deutschen Recht – einen Vorteil sehen. Der Bürger soll stets wissen können, woran er ist, insbesondere, was gesetzlich gilt.

Zur gegenwärtigen Situation der Gerichte

Anstelle eines »Buchstabengehorsams« der Richterschaft gilt es jedoch den »denkenden Gehorsam« (Ph. Heck) zu entwickeln. Gesetze sind notwendigerweise so gut wie immer unvollständig. Die kunstgerechte Auslegung von Gesetzen sollte daher nicht als unzulässig gelten, sondern als Handwerk des Richters bei der Entscheidung

von Einzelfällen diskutiert und gefördert werden. Zu Recht weist B. Rütters in seinem Buch »Rechtstheorie« darauf hin, dass die transparente Anwendung der juristischen Auslegungsregeln (Methodenlehre) ein Beitrag zur Gewaltenteilung ist. Das Problem der Rechtsfindung bei richterlichen Entscheidungen wird in Zentralasien aber bislang viel zu selten besprochen oder problematisiert. Praktiziert wird in Zentralasien in erster Linie die generell-abstrakte Erläuterung der Gesetze durch Plenumsbeschlüsse, Direktiven oder »Erläuterungen« der Obersten Gerichte. In Ermangelung eigener rechtswissenschaftlicher Kommentierungen ist diese Praxis vielleicht – jedenfalls übergangsweise – sinnvoll, vor allem, wenn sie auf einer sorgfältigen Analyse der Rechtsprechung der unteren Instanzen durch die Richter des Obersten Gerichts beruht. Sie stellt jedoch keinen Ersatz für eine lebendige und überzeugende, anhand eines Falles gewonnene Erkenntnis dar.

Aufgrund ihrer traditionellen Selbstbeschränkung setzen die Gerichte der Machtkonzentration auf Seiten der Exekutive noch nicht die Kontrolle entgegen, die sie aufgrund der Verfassung und der geltenden Gesetze ausüben könnten. Vom Rechts- und Staatssystem Russlands, das für viele zentralasiatische Juristen eine gewisse Vorbildfunktion hat, geht die Botschaft aus, dass ein starker Präsident der Dreh- und Angelpunkt des politischen Systems sei. Das Verfassungsgericht der Russischen Föderation beruft sich z. B. bei einer wichtigen Entscheidung auf Art. 80 Punkt 2 der Verfassung der RF, in dem geschrieben steht, dass der Präsident der RF der Garant für die Einhaltung der Verfassung ist. Je nachdem, wie man diesen Grundsatz anwendet, ergibt sich hieraus eine mehr oder weniger weitgehende Relativierung der Bindung der Exekutive an Gesetz und Recht. Sollte nämlich in der Autorität und Weisheit des Präsidenten die »letzte Regel« (im Sinne von H. L. A. Hart) gesehen werden, aus der sich die Geltung des Rechts ableiten ließe, so hätte die Beurteilung des Rechtsstaats in Russland und vermutlich auch in Zentralasien von ganz anderen Rechtsbegriffen auszugehen als in Westeuropa.

Andererseits gibt es universelle Rechtsgrundsätze, die nicht nur national, sondern auch im internationalen Rechtsvergleich eine bestimmte, allgemein anerkannte Bedeutung erlangt haben. Diese basieren auf den betreffenden internationalen Menschenrechtspakten sowie auch auf den ganz ähnlich lautenden Formulierungen in den Grundsatzartikeln der Verfassungen der Nationalstaaten Europas und Zentralasiens.

Der Grundsatz der Gewaltenteilung ist ein solches universell anwendbares Prinzip, das sich auch in den Verfassungen aller zentralasiatischen Staaten findet. Er ist bereits im Ansatz idealistisch und ein ständiges Postulat des Rechtsstaats, denn kein Staat kann von sich

behaupten, bei seiner Umsetzung in die Staatsorganisation die optimale Form gefunden zu haben. Der Grundsatz besagt, dass die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und die Regierung eines Staates verschiedene Aufgaben darstellen, die so weit wie möglich den selbständig agierenden Staatsorganen übertragen werden sollten. Ziel ist die Installation von Mechanismen gegenseitiger Kontrolle, die bewirken sollen, »dass die Staatsmacht gemäßigt und die Freiheit des einzelnen geschützt wird« (zitiert aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, BVerfGE 9, 268, 279 ff.).

Hieraus kann man schlussfolgern, dass namentlich die Stärke oder Schwäche der Legislative und der Judikative maßgebliche, auch international geltende Kriterien für einen Rechtsstaat sind. Das europäische Ideal, »dass nicht Menschen, sondern Gesetze über die Menschen herrschen und Macht auf diese Weise zähmen, ...« (W. Reinhardt) ist nur vorstellbar im Falle mündiger Parlamente und professioneller, unabhängiger Gerichte. Beides, sowohl die Souveränität der Volksvertretung als auch die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, stehen zur Disposition des Staatspräsidenten (und dieses bedeutet gerade im Falle Russlands und Zentralasiens auch: der Exekutive), wenn er in Fragen der Gesetzgebung oder bei gerichtlichen Entscheidungen direkt oder indirekt als letzte Instanz fungiert.

Zur Gesetzgebung: In Europa wie auch in Zentralasien kennt man die Unterzeichnung eines Gesetzes durch den Präsidenten. In Deutschland gilt sie mehr oder weniger als formale »Ausfertigung« oder aber auch als letzte, ausnahmsweise angewandte Möglichkeit, verfassungsrechtliche Bedenken geltend zu machen. In Russland und in Zentralasien tritt noch eine echte Überprüfungsfunktion hinzu. Vom Vetorecht des Präsidenten wird recht häufig Gebrauch gemacht, um unsachgemäße Entscheidungen des Parlaments zu korrigieren oder einen rechtswidrigen Entwurf nicht zum Gesetz werden zu lassen. Die Juristen der Präsidialapparate spielen auf diese Weise eine maßgebliche Rolle im Gesetzgebungsprozess. Diese Funktion könnte man positiv als notwendiges, oft qualitätssteigerndes Korrektiv bewerten, aber auch negativ als faktische Aufhebung des Grundsatzes der Gewaltenteilung.

Zur Rechtsprechung: Die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit wird durch die Verfassungen der zentralasiatischen Staaten garantiert. Dieses bedeutet zunächst, dass die direkte Einmischung in gerichtliche Entscheidungen seitens der Justizministerien oder anderer Staatsbeamter strikt untersagt ist. In formaler Hinsicht wird besonderer Wert auf die Unparteilichkeit des Richters gelegt. Um dem Vorwurf der Befangenheit zu entgehen, lässt der Richter i. d. R. während der mündlichen Verhandlung nicht erkennen, wie er den Fall sieht. Nach dem Ende der mündlichen Ver-

handlung zieht er sich ins Beratungszimmer zurück, um sodann nach vollzogener innerer Überzeugungsbildung den Parteien des Rechtsstreits sein Urteil zu verkünden. – Auf diese Weise gelingt es in weitaus weniger Fällen als z. B. in Deutschland, die Parteien eines zivilrechtlichen Rechtsstreits zu einem Vergleich zu bewegen.

Die indirekte Kontrolle der Rechtsprechung durch andere Staatsorgane erscheint dennoch nicht ganz ausgeschlossen. Die traditionellen Auswahlverfahren zur Ernennung der Richter, die in Zentralasien vorherrschende Ernennung der Richter auf Zeit und eine recht strenge Hierarchie innerhalb des Gerichtssystems geben zu Bedenken Anlass. Weder in finanzieller noch in berufsrechtlicher Hinsicht genießen die zentralasiatischen Richter die Privilegien, die z. B. einem deutschen Richter gewährt werden (Einstellung auf Lebenszeit nach dreijähriger Probezeit, weitgehender Schutz vor Versetzungen usw.). Nach der geltenden Praxis können Richter in Zentralasien weitaus schneller entlassen (und auch leichter nicht wiederernannt) werden als in Europa.

Hinzu kommen noch einige Besonderheiten: Es werden Statistiken geführt, wie oft die Entscheidungen eines Richters von der nächst höheren Instanz aufgehoben werden. Die Aufhebung und Zurückverweisung zur nochmaligen Verhandlung gilt in der Regel als Beweis mangelhafter Aufklärung des Sach- und Streitstandes. Sie kann daher im Wiederholungsfalle zu disziplinarischen Maßnahmen gegenüber dem betreffenden Richter – bis hin zur Entlassung – führen. Gleiches gilt, wenn die relativ kurzen Entscheidungsfristen (im Durchschnitt zwei Monate) kontinuierlich nicht eingehalten werden. Bei stetiger Zunahme der Klagen ergibt sich so eine wachsende Arbeitsbelastung. Nicht wenige Richter klagen über gesundheitliche Probleme infolge pausenloser Überbeanspruchung.

Zu fordern wären demnach nicht nur eine bewusste, rechtspolitische Stärkung der sachlichen und persönlichen Unabhängigkeit der Richter, sondern auch höhere Gehälter, längere Fristen für die Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten, eine qualitativ bessere Ausbildung an den Universitäten, regelmäßige und vor allem obligatorische Fortbildungen für die amtierenden Richter usw.

Reform der Gerichtsbarkeit

Einige Fortschritte sind jedoch bereits erzielt worden. Anzuerkennen ist jedenfalls, dass sowohl die Anzahl als auch die Gehälter der Richter, vor allem in Kasachstan, in den letzten Jahren beträchtlich erhöht wurden. Kasachstan hat zudem als erstes Land in Zentralasien eine Magistratur für Richter eingerichtet und spezialisierte erstinstanzliche Verwaltungs- und Wirtschaftsgerichte geschaffen – zunächst als Pilotprojekte, spä-

ter flächendeckend. Das Oberste Gericht hat kürzlich eine neue Strategie der juristischen Aus- und Weiterbildung entworfen. Zur Zeit ist die erste Kommentierung des Zivilprozesskodex in Vorbereitung. Das Handbuch für Richter ist bereits in zweiter, neu bearbeiteter Auflage erschienen. Die Gerichtsentscheidungen des Obersten Gerichts sowie der mittleren und ersten Instanzen werden in gedruckter Form und im Internet veröffentlicht.

Auch in Kirgistan hat das Richteramt an Attraktivität gewonnen. Nach der Einrichtung des Nationalen Rates für Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit und der Schaffung neuer Richterstellen hat es 2006/2007 viele Bewerber um das Richteramt gegeben. Die Auswahlverfahren liefen öffentlich und unter Beteiligung von Abgeordneten und anderen Vertretern der kirgisischen Gesellschaft ab. Noch vor Kasachstan hat das Oberste Gericht Kirgistans mit der praktischen Umsetzung der Änderungsgesetze zur Strafprozessordnung begonnen, die die Ausstellung von Haftbefehlen anstelle der Staatsanwaltschaft Richtern anvertrauen («Habeas Corpus»). So wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur zuverlässigen gerichtlichen Überprüfung der Anordnung der Untersuchungshaft getan. Usbekistan und Kasachstan haben ähnliche Reformen eingeleitet und sind gleichfalls mit der Einführung und Umsetzung entsprechender Änderungsgesetze beschäftigt.

Festzuhalten bleibt aber auch, dass einige die richterliche Unabhängigkeit einschränkende »*Relikte des sowjetischen Rechts*« (L. Chanturia) noch fortbestehen: Namentlich die allgemeine Rechtsaufsicht der Staatsanwaltschaft mit der hieraus folgenden Möglichkeit, selbst in privaten Rechtsstreitigkeiten Protest einlegen zu können. Die früheren Vollmachten der Staatsanwaltschaft werden in Kasachstan und Kirgistan vorsichtig und schrittweise eingeschränkt. In Tadschikistan und Turkmenistan ist dieser Trend z. Z. noch nicht feststellbar.

In Usbekistan wird gegenwärtig an der Neufassung des Wirtschaftsprozesskodex gearbeitet. Ein neues präsidentielles Dekret fordert die Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft. Zugleich werden wichtige Ände-

rungen des Zivilgesetzbuchs ausgearbeitet. In Turkmenistan sind eine neue Strafprozessordnung und gleichfalls ein neues Gesetz über die Rechtsanwaltschaft in Vorbereitung.

Tadschikistan hat soeben einen neuen Zivilprozesskodex verabschiedet und mit der Durchführung einer landesweiten Kampagne für die Einführung und Verbreitung der neuen Regeln begonnen. In Tadschikistan findet zudem – wie auch in Kasachstan und in Kirgistan – eine Erneuerung des Systems der Zwangsvollstreckung statt.

Die Durchsetzbarkeit der gerichtlichen Entscheidungen wird inzwischen in allen zentralasiatischen Staaten als wichtiges Kriterium für eine erfolgreiche Rechtsprechung gesehen. Kritisch anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass einige Institute des Zivilprozessrechts auch in den reformierten Prozessgesetzen Zentralasiens entweder ganz fehlen oder nicht effektiv genug geregelt sind. Hierzu zählen insbesondere die vorläufige Vollstreckbarkeit, die Vollstreckung von Handlungen, die Regelung der Zustellung, das Mahnverfahren, das Versäumnisverfahren, der einstweilige (vorläufige) Rechtsschutz sowie die besonderen verwaltungsrechtlichen Klagearten. Dies liegt vor allem daran, dass sich die Gesetzgebung in Zentralasien bisher am Vorbild des Zivilprozesskodex der Russischen Föderation vom 14.11.2002 orientiert hat, der das sowjetische Prozessrecht nicht substantiell reformierte. Die Schwachpunkte der neuen Reformgesetze werden aber erkannt und diskutiert. Die Rechts- und Justizreformen gehen weiter voran. Rechtsberatende Projekte wie zum Beispiel diejenigen der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die sowohl im Kaukasus als auch in Zentralasien seit mehr als einem Jahrzehnt tätig sind, konzentrieren ihre Kooperation mit den Partnerländern mittlerweile auf die Unterstützung bei der Implementierung reformierter Gesetze. Fortbildungsseminare für Richter und andere Juristen nehmen hierbei einen breiten Raum ein. So richtet sich die Strategie der Rechtsberatung in Zentralasien vor allem auf die Stärkung der dritten Gewalt im Staate.

Über den Autor:

Dr. Jens Deppe ist Leiter des regionalen Vorhabens der GTZ »Unterstützung der Rechts- und Justizreform in den Ländern Zentralasiens« mit Sitz in Taschkent.

Lesetipps:

- L. Chanturia, Recht und Transformation – Rechtliche Zusammenarbeit aus der Sicht eines rezipierenden Landes, in: *Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht* 72(2008)1, S. 114 ff.
- Paul Georg Geiß, Andere Wege in die Moderne. Recht und Verwaltung in Zentralasien, in: *Machtmosaik Zentralasien*, = *Osteuropa* 57(2007)8,9, S.155–173.
- B. Rüthers, *Rechtstheorie*, 3. München 2007.

Websites:

- http://www.abanet.org/rol/publications/judicial_reform_index.shtml und http://www.abanet.org/rol/europe_and_eurasia/ ABA/CEELI »Judicial Reform Index« für Kasachstan und Kirgistan (aus den Jahren 2003 – 2004)
- <http://www.supcourt.kz/> Webseite des Obersten Gerichts der Republik Kasachstan: mit Angaben zum Gerichtssystem und einer Datenbank mit gerichtlichen Entscheidungen
- <http://www.cac-civillaw.org/> Webseite des Projektes Zivil- und Wirtschaftsrecht in den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens

Richter in Zentralasien in Zahlen

Die folgenden Angaben sind ohne Gewähr; sie stellen keine offiziellen Zahlen dar, sondern beruhen auf Ermittlungen der Mitarbeiter des regionalen Vorhabens der GTZ »Unterstützung der Rechts- und Justizreform in den Ländern Zentralasiens«. Die Angaben zum Durchschnittsnettolohn stammen von der Bundesagentur für Außenwirtschaft www.bfai.de.

| | Monatseinkommen eines Richters der ersten Instanz (in US-Dollar) | Monatseinkommen eines Richters der zweiten Instanz (in US-Dollar) | Monatseinkommen eines Richters des Obersten Gerichts (in US-Dollar) | Durchschnittsnettolohn im Monat (in US-Dollar) |
|---------------|--|---|---|--|
| Kasachstan | Ca. 600–700 | Ca. 1000 | k.A. | Ca. 450 (Jul. 2007) |
| Kirgistan | Ca. 400–500 | Ca. 500–600 | Ca. 700–800 | Ca. 75 (Dez. 2006) |
| Tadschikistan | Ca. 100 | k.A. | Ca. 500 | Ca. 55 (Nov. 2007) |
| Usbekistan | Ca. 175 | Ca. 175 | Ca. 220 | -* |

* Anm.: Die offiziellen usbekischen Zahlen werden als zu hoch angesehen.

- **Kasachstan:** Die Richtergehälter sind seit 2003 um rund das Doppelte gestiegen. Es gibt insgesamt in Kasachstan 2481 Richter. Bei einer Bevölkerung von ca. 15.6 Mio. gibt es einen Richter für ca. 6300 Einwohner. Die Richter des Obersten Gerichts werden vom Senat gewählt, die Richter der örtlichen Gerichte werden laut Beschluss des Verfassungsrates von 2004 vom Präsidenten »auf unbestimmte Zeit« ernannt, d.h., wie der Verfassungsrat ausdrücklich festgestellt hat, nicht auf Lebenszeit.
- **Kirgisische Republik:** Die Gehälter der Richter haben sich seit 2003 nahezu verdreifacht. Es gibt insgesamt 430 Richterstellen im Land. Bei ca. 5.1 Mio. Einwohnern kommen auf einen Richter ca. 12.000 Einwohner. Richter der örtlichen Gerichte werden zunächst für fünf Jahre ernannt, dann auf Lebenszeit (Ruhestand mit 65 Jahren). Richter des Obersten Gerichtes werden sofort auf Lebenszeit ernannt und dürfen bis zum Alter von 70 Jahren im Amt bleiben.
- **Tadschikistan:** Es gibt 269 Richter, die dem Justizrat unterstehen, und noch ca. 40 Richter der Obersten Gerichte, also insgesamt über 300 Richter. Bei einer Bevölkerung von ca. 5 Mio. kommen auf einen Richter somit ca. 16.600 Einwohner. Die Richter werden für zehn Jahre ernannt; es gibt keine Ernennung auf Lebenszeit.
- **Usbekistan:** Die Gehälter der Richter der ersten und zweiten Instanz haben sich seit 2002 mehr als vervierfacht. Zur Zahl der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit liegen uns keine offiziellen Zahlen vor. Die Schätzungen belaufen sich auf ca. 800 – 900 Richter landesweit. Bei den Wirtschaftsgerichten gibt es 143 Richterstellen. Bei den Militärgerichten sind 61 Richterstellen vorgesehen. Die Bevölkerung Usbekistans beträgt ca. 26 Mio. Die Richter aller Gerichtszweige werden für fünf Jahre ernannt.

Dokumentation

Zehn Jahre Astana – Die Presse Kasachstans zum Hauptstadtjubiläum

Als im Jahr 1997 per Dekret des Präsidenten die Provinzstadt Akmola zur zukünftigen Hauptstadt Kasachstans erklärt wurde, waren Verblüffung und Skepsis im In- und Ausland die Reaktion. Das ca. 1300 km nördlich von Almaty in der Steppe gelegene Akmola hatte damals ca. 270.000 Einwohner, eine schlecht ausgebaute Infrastruktur und war den damaligen Hauptstädtern in Almaty allenfalls wegen sommerlicher Mückenschwärme und winterlicher Schneestürme ein Begriff. Westlichen Kasachstankennern war der Ort nur als das Zentrum der Chruschtschow'schen Neulandkampagne unter dem damaligen Namen Zelinograd (Neulandstadt) bekannt. Heute hat Astana mehr als 600.000 Einwohner, Hotels der Extraklasse und einen internationalen Flughafen. Internationale Stararchitekten errichteten eine neue Stadt mit extravaganten Bauten aus Glas und Marmor; nicht mehr Brasilia wird heute als Vorbild genannt, sondern Dubai. Das Urteil über das städtebauliche Ergebnis schwankt bei Einheimischen wie Ausländern zwischen futuristisch und gesichtslos. Nach den eigenen Beamten wurden inzwischen auch ausländische Botschaften und Fluggesellschaften mit manchmal sanftem Druck zur Anerkennung der Tatsachen, d.h. dem Umzug aus Almaty, bewegt.

Auch wenn die Unterzeichnung des Dekretes über die Hauptstadtverlegung im Dezember 1997 stattfand und der Umzug offiziell am 8. November 1998 für abgeschlossen erklärt wurde, fanden die Feiern zum 10. Jubiläum, wie bereits die Umzugsfeierlichkeiten vor einem Jahrzehnt, im Sommer statt. In der Woche vom 28. Juni bis 6. Juli 2008 wurde das Jubiläum mit einem umfangreichen öffentlichen Programm mit Musikveranstaltungen von Jazz über Klassik bis zu folkloristischer kasachischer Musik, Theaterdarbietungen, Ausstellungseröffnungen, der feierlichen Eröffnung von Gebäuden und Grünanlagen, aber auch Volksfesten, Kinderveranstaltungen und Zirkusvorführungen begangen. Den Höhe- und Endpunkt der Feierlichkeiten bildete der 6. Juli – zugleich der 68. Geburtstag Präsident Nursultan Nasarbajew und als »Tag der Hauptstadt« neuer Staatsfeiertag. Zu den Geburtstagsgästen, die u.a. der Enthüllung des Denkmals des kasachischen Volkes, einer über 90 m hohen Säule, beiwohnten, gehörten der russische Präsident Medwedjew, der türkische Präsident Gül und der jordanische König Abdullah sowie die Präsidenten der anderen zentralasiatischen und kaukasischen GUS-Republiken.

Außenpolitisches Ziel der aufwendigen Feierlichkeiten war es, Kasachstan als regionalen und globalen Akteur – insbesondere aufgrund seiner dank Erdölvorräten nicht zu vernachlässigenden Wirtschaftskraft – zu präsentieren. Innenpolitisch sollte Astana als Hauptstadt Kasachstans und Symbol der Herrschaft Nursultan Nasarbajew vermittelt werden. Entsprechend groß und in der Regel positiv war das Echo, das das Jubiläum in den kasachstanischen Medien gefunden hat. Ganz auf Jubeljournalismus war erwartungsgemäß die staatlich kontrollierte, auflagenstarke Kasachstanskaja Prawda eingestellt. In einer eigenen Rubrik »Zehn Jahre Astana« mit mehr als 170 Beiträgen finden sich nicht nur redaktionelle Artikel, sondern auch Grußworte von Unternehmern, Universitätsdirektoren, Vertretern der Regierung und der Gebiete, ausländischen Botschaften u.a., in denen die neue Hauptstadt als »Steppenwunder«, »schönste Stadt Eurasiens«, »Stadt der Träume« und »Triumph der Präsidenten« gepriesen wird. Im Folgenden können Sie Ausschnitte aus einem ganz typischen Artikel dieser Art lesen. Aber auch nachdenklichere und kritische Stimmen fanden sich in der Presse Kasachstans, in der Meinungsvielfalt in einem gewissen Rahmen durchaus möglich ist. Zwei besonders auffällige Beispiele werden im Folgenden vorgestellt. Ein Artikel in dem Monatsmagazin »exclusive« beschäftigt sich, ironisch-witzig verpackt, mit den menschlichen Problemen, die der Umzug für die Betroffenen gebracht hat. Auszüge aus einem Artikel der oppositionellen Wochenzeitung »DAT« bilden den Gegenpol zur Kasachstanskaja Prawda und weisen vor allem auf die Kosten hin, die das Jubiläum verursachte. Kosten und Ergebnisse werden ein Streitpunkt bleiben, der Umzug als solches ist eine unbestreitbare Tatsache.

Beate Eschment

Astana – Der Triumph des Präsidenten

Kasachstanskaja Prawda, Internetausgabe, (3. Juli 2008)

<http://www.kazpravda.kz/?uin=1213958940&chapter=1215034404>

Von Kassymytschomart Tokajew, Vorsitzender des Senats der Republik Kasachstan

Zehn Jahre trennen uns vom einem Ereignis, das man ohne Übertreibung epochal nennen kann. Präsident Nursultan Nasarbajew hat die vom Parlament geheiligte historische Entscheidung über die Verlegung der Hauptstadt unseres Heimatlandes verwirklicht. Historisch ist die Entscheidung deshalb, weil es in der Geschichte der Menschheit nicht allzu viele Analogien dazu gibt: Die Länder, die sich zu einem derart mutigen Schritt entschlossen haben und auf dem steinigem Weg dorthin erfolgreich waren, kann man an einer Hand abzählen.

Kasachstan nimmt in dieser Reihe von Staaten einen besonderen Platz ein. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass Nursultan Nasarbajew die Entscheidung über den Bau einer neuen Hauptstadt im dramatischsten Moment der Entstehung des Staates traf. In jener Zeit befand sich das Land an der Kreuzung eines alten und neuen Entwicklungspfades; unter schwierigsten sozioökonomischen und außenpolitischen Bedingungen bahnte es sich den Weg zum zivilisierten Markt und aufgeklärter Demokratie. Gerade Präsident Nasarbajew hatte die Verantwortung zu übernehmen, nicht nur als Initiator, sondern auch Führer dieses ambitionierten Projekts, an dessen Erfolg nicht einmal alle seine Gefolgsleute glaubten. Aber ein echter Führer unterscheidet sich ja gerade dadurch von einem beliebigen Staatsmann, dass er über einen unerschütterlichen Willen und weite Sichtweise auf die strategischen Interessen und Perspektiven seines Landes verfügt.

Heute, zehn Jahre später, applaudieren die Bürger Kasachstans und die ganze internationale Gemeinschaft Nursultan Abischewitsch Nasarbajew, der bei dieser Aufgabe alle Qualitäten gezeigt hat, die einem großen Politiker zu Eigen sind. Dank dessen sind Astana und unsere zukünftige Staatlichkeit zu Synonymen geworden. Innerhalb kürzester Zeit hat sich Astana »demographisches Gewicht« und geopolitische Bedeutung sowie den Ruf der Hauptstadt eines sich dynamisch entwickelnden kasachischen Staates verschafft. Diese Stadt ist im Grunde genommen die Verkörperung einer nationalen Idee, eine originelle Visitenkarte oder, wie man heute zu sagen pflegt, das Markenzeichen Kasachstans. Den Namen der Hauptstadt assoziiert man mit einzigartigen Objekten, unter den sich echte Meisterstücke der zeitgenössischen Architektur befinden – der Palast des Friedens und der Verständigung und das Baiterek. Überflüssig zu erwähnen, dass auch die Idee für deren Bau von unserem Staatsoberhaupt stammt. Er hat die schwierige Rolle des unmittelbaren Kurators der wichtigsten Bauten übernommen und begeistert die Organisatoren, Bauarbeiter und Unternehmer mit seinem unerschöpflichen Enthusiasmus und Fleiß, starkem Willen und beneidenswerter Kreativität.

Astana ist ein erfolgreiches, innovatives Projekt, das unser Land in die Gemeinschaft der zivilisierten und am höchsten entwickelten Staaten der Welt geführt hat. Heute wird Kasachstan auf dem ganzen Planeten als einflussreicher Staat anerkannt und geschätzt, mit ihm rechnet man. Die Führungsrolle Präsident Nasarbajews ist objektive Realität, und wird genau so von den Bürgern Kasachstans und den Staatschefs der führenden Länder der Weltgemeinschaft wahrgenommen.

[...]

Die Verlegung der Hauptstadt ist der Wechsel von Wegzeichen, von historischen Paradigmen, ein Indiz für zivilisatorische Selbstbestimmung. Man muss anerkennen, dass Almaty in der Sowjetzeit seiner Bestimmung als Hauptstadt Kasachstans voll und ganz gerecht wurde. Mit der südlichen Hauptstadt sind viele bedeutende Ereignisse jener Jahre verbunden. Unter Einbeziehung des demographischen Faktors und der neuen geopolitischen Bedingungen aber war eine grundlegende Entscheidung über die Verlegung der Hauptstadt ins geographische Zentrum des Landes, an den Kreuzungspunkt der wichtigsten Verkehrs- und Transportachsen, notwendig.

So entstand in der sagenumwobenen Sary-Arka-Steppe eine Stadt, die ausländische Gäste begeistert Perle Zentralasiens nennen. Heute schlägt in Astana das Herz unserer Heimat, und gerade hier werden alle Schicksal bestimmenden Entscheidungen gefällt. Astana ist das Symbol der nationalen Wiedergeburt, des geistigen Aufstiegs des kasachischen Volkes, das in kommende Jahrhunderte strebt.

[...]

Auch die Entscheidung über die Vergabe des OSZE-Vorsitzes an Kasachstan ist zweifellos eine Anerkennung der großen Veränderungen und beeindruckenden Erfolge, die das Land in den Jahren seiner Unabhängigkeit unter der Leitung seines nationalen Führers Nursultan Nasarbajew erreicht hat, durch die internationale Gemeinschaft. Unser Land ist das erste in der zentralasiatischen Region, im postsowjetischen Raum, in der turksprachigen und islamischen Welt, das

das Recht auf den OSZE-Vorsitz erhalten hat. Erst vor kurzem fand in Astana die alljährliche Versammlung des Parlamentes dieser Organisation statt. In den letzten Tagen wurde zudem die Entscheidung über die Leitung der Organisation der Islamischen Konferenz im Jahr 2011 an Kasachstan vergeben.

[..]

Das erste Jubiläum der Hauptstadt verkörpert zweifelsohne die dynamische Entwicklung Kasachstans, die Stärkung der internationalen Autorität des Landes, die Erhöhung des Wohlstands unserer Bürger. Zweifellos werden die Anstrengungen unseres Volkes auch nach diesem Feiertag weitergehen und Astana wird noch schöner und anziehender werden. Das Staatsoberhaupt hat Recht, wenn er sagt, dass man sich mit dem Erreichten nicht zufrieden geben soll, denn wer rastet der rostet. In der Zukunft wartet noch viel Arbeit, die einfach unerlässlich für Astana ist.

[..]

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Der Trend zur Zweitfrau als Instrument einer neuen Identität

exclusive, 07(76), Juli 2008 (Internetausgabe)

<http://www.exclusive.kz/?uin=1215489238&chapter=1215490492>

Von Murat Laumullin (Autor nur in der Printausgabe genannt)

Wenn Almaty Hauptstadt geblieben wäre, dann würden bei uns wohl auch die alten Traditionen fortbestehen, die von der im Süden lebenden und im Denken sowjetischen Stereotypen verhafteten früheren Elite bewahrt wurden. Aber die Verlegung der Hauptstadt hat ein überraschendes Resultat erbracht, auf das die Initiatoren des Projekts offensichtlich auch spekuliert hatten. Astana wurde zum Zentrum der Herausbildung einer neuen kasachstanischen Identität, die über der kasachischen, sowjetischen, russischen, regionalen und Clan-Identität steht. Auch wenn sich die früheren Unterschiede zwischen den Bewohnern noch in vielerlei Hinsicht erhalten, so hatte die Verlegung der Hauptstadt in Kasachstan an der Jahrtausendwende wahrlich epische Ausmaße und war begleitet von Dramen antiken Stils.

Kasachische Beamte kamen in eine kleine Provinzstadt, in der die gesamte Infrastruktur zu wünschen übrig ließ. Gestandene Bürokraten wurden in Mehrbettzimmern in Wohnheimen untergebracht und so gezwungen, sich an ihre lang vergangenen Studienzeiten zu erinnern, an ihr damaliges ungeordnetes und bescheidendes Leben. Am Arbeitsplatz erwarteten sie ungefähr die gleichen Bedingungen, da zeitgemäße, moderne Büros schlichtweg nicht existierten. Das Ganze erinnerte an die Neulandkampagne der 1950er Jahre, deshalb verglich man die ersten Beamten in der neuen Hauptstadt mit den Pionieren der damaligen Zeit. Aber im Unterschied zur Sowjetzeit wurden zu ihren Ehren weder Denkmäler gesetzt noch Straßen benannt.

Aus einer gewissen Komik der Situation heraus, die in der Realität allerdings nicht einer gewissen Tragik entbehrte (buchstäblich in kürzester Zeit änderte sich der Lebensstil von Tausenden von Menschen), tauchten unzählige Witze auf, die teilweise aus dem wahren Leben gegriffen waren. So pflegte man zu sagen, dass ein Umzug von Almaty nach Astana in vier Phasen ablaufe. Erstens, die Implantation. Der Übersiedler wurde in eine fremde und feindliche Umgebung gebracht, und man wartete, wie dieses südliche Pflänzchen auf dem rauen, nördlichen Boden anwuchs. War die Implantation einigermaßen erfolgreich verlaufen, trat die zweite Phase ein: die Alkoholisierung. In diesem Fall bedarf es keiner besonderen Erklärungen. Unter den Bedingungen des todlangweiligen Lebens im Wohnheim oder ebensolchen Lebens im Mehrfamilienhaus (gemäß der Wohnraumquoten der Ministerien wurden alle Mitarbeiter in einem Haus untergebracht) erinnerte sich die Gruppe einsamer und von anderen Vergnügungen abgeschnittener Männer (zuerst gelangten Vertreter des starken Geschlechts nach Astana) an ihre studentischen – und sowjetischen – Gewohnheiten, deren wichtigste der gemeinsame Zeitvertreib mit der Wodkaflasche war. Mit der Zeit wurde dies für viele zur Haupt- und Lieblingsbeschäftigung.

Die dritte Phase, die für viele Familien schicksalhaft wurde, war der Trend zur Zweitfrau («Tokalizacija», Anm. d. Red.). So machten sich in der ersten Periode der Erschließung der Hauptstadt die Zwangsumsiedler ohne ihre Familien dorthin auf. Das getrennte Dasein zog sich indessen jahrelang hin, was nicht immer Schuld des Staates war. Mit der Zeit erhielten alle Beamten einzelne Wohnungen, aber ihre Frauen und Familien beeilten sich nicht, dem heimischen Almaty den Rücken zu kehren. Auch deshalb, weil viele Bürokraten sich daran gewöhnt hatten, jedes Wochenende in der alten Hauptstadt zu verbringen, sofern ihre Mittel es erlaubten. Jahrelang starb Astana am Freitagabend aus: Alle stürmten die Züge und Flieger, um nach Almaty zu gelangen. Am Sonntagabend oder Montagmorgen beobachtete man ein ähnliches Schauspiel, diesmal in umgekehrter Richtung. Das setzte sich so lange fort, bis der verärgerte Präsident den Beamten befahl, mehr Zeit in der neuen Hauptstadt zu verbringen.

Aber kommen wir zum Trend zur Zweitfrau zurück. In Ermangelung gesetzlicher Ehefrauen eroberten allein gelassene junge und nicht mehr ganz so junge Männer nach und nach mitfühlende weibliche Herzen, die bereit waren, ihnen das einsame Dasein zu versüßen. Mit der Zeit begannen diese sich inzwischen innig an ihre Erwählten gebundenen Damen, einen offiziellen Status zu fordern. So zerbrachen Familien und entstanden neue, die neben der großen Kraft der Liebe eine neue staatliche Identität symbolisierten, nur eben auf familiärer Ebene. Nicht alle entschieden sich für das Experiment einer neuen Familiengründung (manchmal parallel zur ersten in Almaty), dennoch können keine Zweifel daran bestehen, dass diese Erscheinung weit verbreitet war. Den einen oder anderen konnten aufmerksame Ehefrauen in den Schoß der Familie zurückholen, entweder über die Rückkehr des verlorenen Schafs nach Hause oder durch die eigene Übersiedlung nach Astana, wodurch sie dem freien Leben des entsprechenden Individuums ein Ende setzten.

Damit wenden wir uns der vierten und letzten Phase des zeitgenössischen kasachstanischen Epos zu: der Evakuierung. Dieses Wort spricht für sich selbst und meint die erzwungene und bisweilen übereilte Rückkehr der Person nach Almaty aufgrund der Wirkung des zweiten oder dritten Faktors, und manchmal auch beider gleichzeitig. Dies bedeutete in den meisten Fällen automatisch das Ende der Karriere, was für einen echten Beamten dem Tod gleich kommt. Aber im Ergebnis fand in Astana ein seltenes sozialgeschichtliches Experiment der »Züchtung« eines gegenüber Entbehrungen widerstandsfähigen Beamtenstandes statt. Bürokraten, die diese Schule durchlaufen haben, kann man ohne Risiko unter beliebigen Umständen einsetzen, auch bei Expeditionen, sagen wir, nach Tibet oder in die Antarktis. Angewandt zum Beispiel auf die Mitarbeiter des Außenministeriums bedeutet das, dass diese Personen unter allen Bedingungen arbeiten können, in der Mongolei wie in der Sahara.

Selbstverständlich riefen die neuen Hauptstädter mit ihren Charakterzügen und ihrem Auftreten ein ganzes Spektrum von Gefühlsäußerungen unter den Alteingesessenen hervor. Dieses reichte von Mitleid (gegenüber den an die sibirischen Winterverhältnissen unangepassten Südländern), Spott (»da wird doch jemand vom Wind weggeblasen, wahrscheinlich ein Almatiner«), Gereiztheit (kennen die örtlichen Spielregeln nicht und wollen zuviel) und Ärger (ihr Zuzug sorgte für einen astronomischen Anstieg der Preise, angefangen bei den Immobilien bis hin zu Lebensmitteln). Von ihrer Seite machten sich die früheren Almatiner von ganzem Herzen über die Provinzler lustig, die ihnen wie gestrige Zelinograder (Neulandstädter, früherer Name von Astana, Anm. d. R.) vorkamen. [...]

Auf diese Weise gab es nur wenige Chancen, dass die zwei Gruppen, die zwar sowjetisch, aber dennoch unter völlig unterschiedlichen Bedingungen sozialisiert worden waren, untereinander eine gemeinsame Sprache fanden. Nach und nach geschah jedoch etwas Überraschendes. Je mehr Kinder der früheren Bewohner Almatys in Astana geboren wurden oder aufwuchsen, je mehr die Stadt von Bewohnern anderer Regionen Kasachstans bevölkert wurde, desto stärker zeigten sich Merkmale einer neuen Hauptstadtgemeinschaft. Diese jungen Leute sahen sich nicht als Einwohner Almatys oder Akmolas (Name der Stadt bis zur Umbenennung in Astana, Anm. d. R.), nicht als Süd- oder Nordländer, sondern als vollwertige Bewohner der neuen Hauptstadt und Bürger des neuen Kasachstans. Auf die Herausbildung eines solchen neuen Identitätsgefühls wirkte die geballte Macht der staatlichen Propaganda hin.

Die verdeckte Rivalität zwischen beiden Hauptstädten hält noch an, aber sie verliert an Intensität. Das geschieht vor allem dank der allmählichen Gewöhnung der ehemaligen Almatiner an das Leben in der neuen Hauptstadt, wo sie zum Teil über bessere und modernere Wohnungen verfügen und wesentlich mehr verdienen; für viele haben sich glänzende Karrieremöglichkeiten ergeben. Ihre Kinder erinnern sich nicht an Almaty und fühlen sich als Bewohner Astanas. [...]

Zweifellos wird Astana in Zukunft eine herausragende Rolle für das Schicksal Kasachstans spielen, faktisch hat dieser Prozess bereits begonnen. Zumindest kann niemand mehr seine Rolle bei der Begründung einer neuen Identität Kasachstans und dem Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit leugnen, als dessen Symbol (vielleicht zu Unrecht) für einige einst das glitzernde Alma-Ata galt.

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Meine liebe Hauptstadt..., die du unser Land verarmen lässt Gedanken nach den Feiertagen

DAT No. 26 (103), 9.7.2008, S. 6

Am vergangenen Wochenende beging das Land im kollektiven Freudentaumel einen Feiertag, den der Volksmund »kasachstanische Dreieinigkeit« getauft hat. Das ist der Tag der Stadt, der Tag der Hauptstadt und der Geburtstag ihres wichtigsten Architekten. Der Ehre nach unterschieden sich diese natürlich. Bis zum 6. Juli dieses Jahres kannte die Geschichte keine Analogien zu einem solchen Ereignis.

Nach dem Gesetzentwurf zur Einführung des neuen Feiertags »Tag der Hauptstadt« am 6. Juli soll dieser »kulturhistorische Bedeutung für das Volk haben und Symbol der Errungenschaften der Republik Kasachstan sein«. Genau an diesem Tag wurde der »wichtigste Architekt und Vorarbeiter Astanas« geboren.

Da der Tag der Hauptstadt nun zum Staatsfeiertag erhoben wurde, sind alle Städte und Siedlungen Kasachstans dazu verpflichtet, ihn zu begehen. Gut, dass er noch keinen nationalen Status hat, den hat bisher nur der Tag der Unabhängigkeit inne. Kann sich übrigens jemand daran erinnern, dass der wichtigste Feiertag des Landes jemals so ausschweifend gefeiert wurde?

Wie in der Zeit der Mongolenherrschaft schicken alle provinziellen Vasallenregionen in einheitlicher und absolut »freiwilliger« Manier zum 6. Juli Geschenke nach Astana. Die endlose Karawane der kasachstanischen »Weltwunder« stellt mit ihrer Prunksucht jeden orientalischen Basar in den Schatten. Auf diese Weise bewies jede Region ihre Wettbewerbsfähigkeit: Auf das Konto der einen geht die Anlage eines neuen Platzes, andere schenken neue Busse oder gestalten Springbrunnen im Lieblingsprojekt des Präsidenten.

Wenn man sich vor Augen führt, dass im Unterschied zu Astana andere Regionen, gelinde gesagt, nicht fett sind, lassen solche erzwungenen Geschenke die Provinz-Haushalte weiter schrumpfen, was sich zunächst einmal auf jene auswirkt, deren Arbeitgeber der Staat ist, und auf jene, die in sozialer Hinsicht vom Staat abhängig sind. Das einzig positive Moment dabei ist, dass die Zusammenlegung aller drei Feiertage vom dreifachen Geschenke machen entbindet. In diesem Fall wäre es unvermeidlich gewesen, in dem Wunsch eine Audienz zu erhalten und wohlwollend empfangen zu werden, der Bevölkerung auch das letzte Hemd auszuziehen.

Der Wert eines jeden Geschenks gehört offensichtlich zu den Staatsgeheimnissen. Um dem geneigten Leser die Irrsinnigkeit der Ausgaben klar zu machen, genügt es jedoch die Liste der Geschenke aufzuzählen.

Der nächste Nachbar, die Region Karaganda, wo die Bergarbeiter mit ihren Forderungen an Regierung und Arbeitgeber nach Modernisierung der Schächte erfolglos sind, hat einen Springbrunnen vor dem Zirkusgebäude der Hauptstadt rekonstruiert. Das Gebiet Südkasachstan schenkte Astana einen Platz mit Fontänen, während die Region selbst unter einem Mangel an Bewässerungsflächen, den Folgen der Überschwemmung (im Frühjahr, Anm. der Red.) und einer HIV-Epidemie leidet.

[...]

Noch ist nicht klar, wie lange die Hauptstadt einer launischen Sängerin gleich Geschenke erbitten, reich werden und erblühen wird, aber man kann sich vorstellen, wie sehr die ohnehin nicht sonderlich wohlhabenden, entfernten Regionen Kasachstans verarmen werden...

In jedem Gebiet Kasachstans gibt es eine Masse an ungelösten Problemen, angefangen von Haushaltslöchern bis hin zu den berüchtigten Schlaglöchern auf den Straßen. Der Augenblick ist nicht mehr fern, an dem unsere Rentner und die sozial schwachen Schichten der Bevölkerung geschlossen vor den Kirchen um Almosen bitten.

Der Kontrast zwischen den Nachrichten aus der Hauptstadt und den Meldungen aus den Regionen könnte größer nicht sein. So wurde im noch mehr oder weniger wohlhabenden Aktau ein Workcamp für sozial bedürftige Kinder und Jugendliche eingerichtet, wo sie den ganzen Sommer über gemeinnützige Arbeit leisten und dafür 12.000 Tenge (63 Euro, Anm. der Red.) im Monat erhalten. Auf die Frage, wofür sie die hart erarbeiteten Groschen ausgeben, antwortete keines der Kinder, dass es damit auf den Rummel oder ins Kino gehe. Alle antworteten, dass sie alles bis auf den letzten Pfennig den Eltern für Lebensmittel geben. Kinder, die ohne Kindheit aufwachsen, das ist Realität im heutigen Kasachstan.

Wie absurd ist ein Land, in dem die einen nach Lust und Laune rauschende Feste für die ganze Welt veranstalten, während andere, die in unserem Staat die Mehrheit ausmachen, geradezu ums Überleben kämpfen müssen? Und, was glauben Sie, sind die Ziele des Ganzen? Ich zitiere nur einige aus der Konzeption zur Feier des zehnjährigen Jubiläums Astanas: »Positionierung des ersten Präsidenten Kasachstans als Staatsmann von Weltrang«, »Bekräftigung der

Zweckmäßigkeit der Hauptstadtverlegung«, »Festigung des Hauptstadt-Images Astanas in der Wahrnehmung der Menschen« ...

Nur für diese hohlen und überflüssigen Ziele fließt Geld in Strömen aus unseren Taschen ins Budget Astanas. Aber wie sagt man so schön: »Aufschneiderei ist teurer als Geld!«

[..]

In der Konzeption sind auch die Prinzipien für die Dekoration der Stadt festgehalten. So hat sich die Politik Folgendes überlegt: »Die Stadt soll nicht als abgeschlossenes, monumentales Objekt präsentiert werden. Die visuellen Mängel, die durch den Konstruktionsprozess hervorgehoben werden, sind nicht zu verdecken, sondern im Lichte eines Symbols von Wachstum und Entwicklung zu ästhetisieren, um so eine Aura von urbaner Romantik zu erzeugen.« Insbesondere die letzte Wortgruppe wird die betrogenen Gläubiger am meisten »gefremdet« haben. Die stockenden Bauarbeiten als »Symbol für Wachstum und Entwicklung« zu verkaufen, noch dazu in der »Aura der Romantik« – das ist ein Meisterwerk im Stil Tasmagambetows (Bürgermeister Astanas, Anm. d. R.), der selbst um den Verdruss der Leute noch die ideologische Windel zu legen in der Lage ist. Das Wichtigste ist, dass es an der linken Uferseite »sauber, trocken und komfortabel« ist...

Eine schönen Feiertag, Haupt\$ta\$tdt! Im Namen des ganzen Landes überbringen wir dir herzlichste Glückwünsche und zaghafte Hoffnungen: »Könnte nicht vielleicht auch auf unseren Straßen irgendwann Feiertag sein?«

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Chronik
Vom 23. Juni bis 25. Juli 2008
Kasachstan

| | |
|-----------|--|
| 23.6.2008 | Der stellvertretende Leiter der Agentur zur Bekämpfung von ökonomischen Verbrechen und Korruption der Stadt Almaty Murat Musabekow gibt bekannt, dass die Zahl von Bestechungsfällen im Jahr 2007 um die Hälfte zugenommen hat. |
| 23.6.2008 | Nach der vom Senat verabschiedeten Änderung des Gesetzes über staatliche Feiertage wird der 6. Juli »Tag der Hauptstadt« und soll 2008 erstmals landesweit begangen werden. |
| 23.6.2008 | Auf einer Pressekonferenz in Karaganda wird bekannt gegeben, dass die meisten schweren Grubenunglücke der letzten Jahre in den Schächten des Unternehmens ArcelorMittal vermeidbar waren. Wissenschaftler und NGOs beklagen seit Längerem die schlechten Sicherheitsvorkehrungen und mangelnde Bereitschaft des Unternehmens, diese zu verbessern. |
| 24.6.2008 | Bei einer gemeinsamen Sitzung von Präsident Nursultan Nasarbajew, Premier Karim Massimow, Mitgliedern des Kabinetts und den Akimen der Gebiete werden die innenpolitischen Prioritäten der kommenden Monate erörtert. |
| 24.6.2008 | Vor der kasachischen Botschaft in Warschau wird die polnische Menschenrechtlerin Balli Mazec tätlich angegriffen und ein lebenslanges Einreiseverbot gegen sie verhängt. Die polnische Staatsbürgerin wollte zur Parlamentsversammlung der OSZE in Astana reisen und hatte zuvor die politische Lage im Land und Präsident Nasarbajew scharf kritisiert. |
| 24.6.2008 | Sergej Slotnikow, Direktor von »Transparency Kasachstan« fordert eine stärkere Einbeziehung der Gesellschaft in den Kampf gegen die Korruption. Er könne nur bei Beteiligung auch der Bürger erfolgreich sein, so Slotnikow. |
| 25.6.2008 | In Astana wird der 2. Eurasische Frauengipfel von Rauschan Sarsembajewa, der Vorsitzenden der Assoziation der Geschäftsfrauen Kasachstans, eröffnet. |
| 26.6.2008 | Präsident Nasarbajew besucht im Gebiet Südkasachstan eine für ethnische Kasachen aus dem Ausland angelegte Siedlung. Seit der Unabhängigkeit sind offiziell mehr als 600.000 dieser »Rückkehrer« genannten Migranten, vorwiegend aus Usbekistan, nach Kasachstan gekommen. |
| 29.6.2008 | Im Rahmen der Parlamentsversammlung der OSZE in Astana empfängt Präsident Nasarbajew Vertreter der Organisation und eine Delegation des US-Kongresses zu bilateralen Gesprächen. |
| 30.6.2008 | In Astana trifft Premierminister Massimow mit Abgeordneten des US-Kongresses unter Führung von Elsie Hastings, Leiter der US-Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit, zusammen. Thema der Gespräche ist die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit. |
| 30.6.2008 | Knut Wollebek, Hoher Kommissar für Minderheitenfragen der OSZE, äußert die Erwartung, dass Kasachstan während seines Vorsitzes der Organisation 2010 einen wesentlichen Beitrag zur Lösung von zwischenethnischen Konflikten leisten werde. |
| 30.6.2008 | Im amerikanischen Kongress zirkuliert ein gemeinsamer Brief des Republikaners Darrell Issa und des Demokraten Charlie Meancon, in dem Präsident Nasarbajew für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wird. Als Grund wird die Anerkennung seiner Anfang der 90er Jahre getroffenen Entscheidung, Kasachstan atomwaffenfrei zu machen, genannt. |
| 1.7.2008 | Sergej Chodanow, Mitarbeiter der Wochenzeitung »Liter«, wird Opfer eines Raubüberfalls mit Körperverletzung. Nach Angaben von Redaktionskollegen ist dies bereits der fünfte derartige Vorfall in einem Jahr. |
| 2.7.2008 | Nach den Worten von Oliver Spencer, Generalsekretär der Parlamentsversammlung der OSZE, wird Kasachstan auch im Falle der Nichterfüllung der Madrider Verpflichtungen den OSZE-Vorsitz übernehmen. |
| 3.7.2008 | Auf Beschluss der Regierung wird ein nationales Medienunternehmen geschaffen. Der Verbund entsteht durch eine Fusion der wichtigsten staatlichen Fernsehkanäle, Rundfunkstationen und Printmedien. |
| 3.7.2008 | Eine Delegation unter Leitung des stellvertretenden Energieministers Duisenbaj Turganow erreicht bei Gesprächen mit dem kirgisischen Premierminister Igor Tschudinow einen gemeinsamen Beschluss über die Wiederaufnahme von Wasserlieferungen aus Kirgistan nach Kasachstan. |
| 3.7.2008 | Die neue Landstraße von Almaty nach Tscholpon Ata am kirgisischen Issyk Kul ist auf kasachischer Seite zu 70 % fertig, teilt die kasachische Botschaft in Kirgistan mit. |
| 6.7.2008 | Zum Höhepunkt der Feiern zum 10. Geburtstag der Hauptstadt Astana kann Präsident Nasarbajew die Staatschefs Russlands, der Türkei, der zentralasiatischen und kaukasischen Staaten u.v.a. begrüßen. |

| | |
|-----------|--|
| 8.7.2008 | Usbekistan hat seine Wasserlieferungen an Süd-Kasachstan durch den Dostyk-Kanal stark reduziert, über die Hintergründe ist nichts bekannt. Zeitgleich finden mit Usbekistan Verhandlungen auf Ministerebene um die Wasserversorgung statt. |
| 9.7.2008 | In Almaty wird eine Interessenvertretung der Hypothekenschuldner gegründet. Wegen der Finanzkrise zahlungsunfähig geworden, droht vielen die Räumung durch die beteiligten Kreditinstitute. |
| 9.7.2008 | Die nordkasachische Steppenregion Sary-Arka und die darin gelegene Seenlandschaft sowie die Großschutzgebiete Naurzum und Korgalschyn werden in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen. |
| 9.7.2008 | In der Nähe von Almaty wird der Grundstein für eine Gaspipeline nach China gelegt. Die Pipeline mit einer Kapazität von 30 Mrd. m ³ im Jahr soll 2012 fertig gestellt sein. |
| 10.7.2008 | Es wurde ein Abkommen über den ungehinderten Durchfluss von Wasser des Syr Darja aus Kirgistan nach Kasachstan mit der usbekischen Regierung erreicht. |
| 11.7.2008 | Die Industrieproduktion ist in der 1. Hälfte 2008 nur um 3,8 % gewachsen, im Vergleichszeitraum 2007 lag das Wachstum noch bei 6,8 %. |
| 14.7.2008 | In Astana findet ein internationales Forum zur Diskussion von Wasserfragen statt, an dem Vertreter von Regierungen und NGOs aus Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und den Kaukasusstaaten teilnehmen. |
| 15.7.2008 | Während eines Staatsbesuches in Astana trifft der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate, Seine Hoheit Scheich Chalifa bin Sayed Al Nahjan mit Präsident Nasarbajew zusammen. Es werden Verträge zu mehreren neuen Joint Ventures im Bereich Tourismus und Immobilien unterzeichnet. |
| 17.7.2008 | Der Chef von KazMunaiGas, Serik Burkitbajew, trifft in Moskau mit Alexej Miller, Chef von Gazprom, zu Gesprächen über eine engere Zusammenarbeit bei Gasverarbeitung und -transport zusammen. |
| 19.7.2008 | Die Polizei im Gebiet Dschambul kann 1.200 kg Marihuana konfiszieren. Seit Beginn der »Operation Mohn« am 26. Mai wurden damit bereits mehr als 4 t Marihuana beschlagnahmt. |
| 22.7.2008 | Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert, die Arbeitslosenrate lag am 1. Juli bei 6,9 %. |
| 22.7.2008 | In einem Interview mit dem »Wall Street Journal« beschuldigt Rachat Alijew seinen ehemaligen Schwiegervater Nursultan Nasarbajew, schon seit Jahren ein Korruptionssystem in der kasachischen Wirtschaft zuzulassen und dabei Mrd. von US-Dollar eingenommen zu haben. |
| 24.7.2008 | Nach Angaben eines Sprechers der Nationalen Weltraumagentur wird Kasachstan 1 Mrd. US-Dollar für sein 2. Weltraumprogramm (bis 2020) bereitstellen. |
| 25.7.2008 | Während eines Arbeitsbesuches in Almaty fordert Präsident Nasarbajew die Errichtung von Neubauten im Zentrum von Almaty zu beenden. Der mit der Neubautätigkeit verbundene Abriss intakter Altbauten war vielfach kritisiert worden. |

Kirgistan

| | |
|-----------|---|
| 24.6.2008 | Eine Reihe prominenter Politiker, Intellektueller und Vertreter der Zivilgesellschaft, darunter T. Usubalijew und A. Muralijew gründen eine neue gesellschaftliche Bewegung mit dem Namen »Ein Kirgistan«. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Krise sei ein Zusammenwirken aller sozialen und politischen Kräfte nötig. |
| 25.6.2008 | Präsident Kurmanbek Bakijew empfängt den Generalsekretär der EurasEC Tajir Mansurow zu Gesprächen über die Vorbereitung des nächsten Treffens des zwischenstaatlichen Rates der Organisation im September 2008. |
| 25.6.2008 | Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums war das Programm zur Lebensmittelsicherung nicht erfolgreich, da die kirgisischen Bauern nicht ausreichend Weizen säen konnten. |
| 26.6.2008 | Präsident Bakijew unterzeichnet das Gesetz über langfristige gutnachbarschaftliche Beziehungen, Freundschaft und Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Shanghai-Organisation (SCO). |
| 26.6.2008 | Nach zweiwöchiger Zwangspause erscheint die oppositionelle Zeitung »De Facto« wieder. |
| 27.6.2008 | Während eines Arbeitsbesuches im Gebiet Naryn bezeichnet Präsident Bakijew die Unterstützung der abgelegenen Bergregionen des Landes als Priorität. |
| 27.6.2008 | Das Parlament ratifiziert ein Abkommen mit der Weltbank, nach dem Kirgistan 10 Mio. US-Dollar zur Nahrungsmittelsicherung erhält. |
| 27.6.2008 | In einer Fernsehsendung über das Image von NGOs in Kirgistan fordert Justizminister Marat Kaipow, dass diese offenlegen sollten, von welchen Staaten sie zu welchem Zweck Geld erhalten. |
| 27.6.2008 | Nach einer Umfrage des amerikanischen Gallup-Instituts möchte jeder 5. Bürger Kirgistans das Land verlassen. |
| 30.6.2008 | Präsidentenberater M. Murtasalijew gibt bekannt, das Kirgistan nach Einführung eines islamischen Banksystems vor anderthalb Jahren nun die Einführung islamischer Versicherungen, Anleihen und Lebensmittel nach malaysischem Vorbild plant. |

| | |
|-----------|---|
| 30.6.2008 | Nach Angaben des Nationalen Zentrums für Quarantäne und besonders gefährliche Infektionskrankheiten hat es keine neuen Fälle von Milzbrand im Gebiet Osch gegeben. Die bislang Erkrankten seien auf dem Wege der Besserung. |
| 1.7.2008 | Der Sondergesandte des UN-Generalsekretärs und Vorsitzende des regionalen UN-Zentrums für präventive Diplomatie, Miroslaw Jenca, trifft bei einem Besuch in Kirgistan mit Politikern, Juristen und Vertretern internationaler Organisationen zusammen. Er bezeichnet Terrorismus, Wasser- und Energiefragen und die Situation der ethnischen Minderheiten als die Hauptprobleme der Region. |
| 1.7.2008 | Der derzeitige OSZE-Vorsitzende Alexander Stubb macht Kirgistan Hoffnung, bald den Vorsitz der OSZE übernehmen zu können, da es in der Region die Rolle eines Vorreiters für Demokratie und Menschenrechte habe. |
| 2.7.2008 | Die NGO Interbilim meldet ernste Bedenken gegen die positive Einschätzung Kirgistans durch den OSZE-Vorsitzenden an. |
| 2.7.2008 | Präsident Bakijew setzt mit seiner Unterschrift das am 15.1.2008 in Taschkent unterzeichnete Umschuldungsabkommen mit Usbekistan in kraft. |
| 2.7.2008 | Die Regierung widerspricht allen Gerüchten, dass sie mit der US-Regierung über eine Revision des Nutzungsvertrages für den Manas-Luftwaffenstützpunkt verhandle. |
| 2.7.2008 | Das Verfassungsgericht gibt der Klage von Menschenrechtsaktivisten gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts in Bischkek statt. Der entsprechende Artikel widerspreche der Verfassung. |
| 2.7.2008 | Der Menschenrechtskämpfer Katschkyn Bulatow wird in Bischkek im Zusammenhang mit Untersuchungen gegen die Zeitschrift »De Facto« festgenommen. |
| 7.7.2008 | Nach Angaben der Staatsagentur für Geologie werden in diesem Jahr in Kirgistan 19,5 t Gold gefördert werden, davon 18 t durch die Firma Kumtor, 1,5 t durch Kyrgyzalyn. Die Fördersumme soll in Zukunft auf 30 t gesteigert werden. |
| 8.7.2008 | Die Inflationsrate lag in der 1. Jahreshälfte 2008 bei 15,2 %, teilt das Nationale Komitee für Statistik mit. |
| 10.7.2008 | Der Pressedienst des Parlamentes gibt bekannt, dass Kirgistan wegen nicht bezahlter Mitgliedsbeiträge kein Stimmrecht in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mehr hat. |
| 10.7.2008 | Die Regierung sieht sich gezwungen, ihre ökonomischen Ziele für 2008 nach unten zu korrigieren. Nun wird ein Wachstum des BIP von ca. 7 %, im schlechtesten Fall 6 % erwartet. Ursprünglich war man von 8 % und mehr ausgegangen. |
| 14.7.2008 | Entgegen den Erklärungen der Behörden breiten sich die Milzbranderkrankungen im Süden Kirgistans weiter aus. |
| 16.7.2008 | Präsident Bakijew hält sich in Moskau zu Gesprächen über die bevorstehenden GUS- und SCO-Gipfel mit seinem russischen Amtskollegen Medwedjew auf. |
| 17.7.2008 | Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) wird ihre finanzielle Unterstützung für Kirgistan erhöhen. 2009 will die Bank 120 Mio. US-Dollar bereitstellen, 50 % davon als Darlehen. |
| 17.7.2008 | Der Sulaiman-Too Berg in Osch wurde in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. |
| 21.7.2008 | Nach Einschätzung von Landwirtschaftsminister Arstanbek Nogojew ist die Lebensmittelsicherheit gewährleistet, fehlende Getreidereserven wurden aus Kasachstan zugekauft. |
| 21.7.2008 | Innenminister Moldomusa Kongantijew warnt vor den wachsenden zwischenethnischen Spannungen im Land, insbesondere zwischen Kirgisen und Usbeken im Ferganatal. |
| 21.7.2008 | Das Staatskomitee für Migration und Arbeit teilt mit, dass am 1. Juli 270.000 Menschen oder 11,55 % der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos waren. |
| 24.7.2008 | Präsident Bakijew äußert öffentlich seine Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung unter Premierminister Tschudinow. |
| 25.7.2008 | Präsident Bakijew unterzeichnet ein Gesetz, mit dem sich sein Land der Kommission »Demokratie durch Recht« (Venedig-Kommission) des Europarates anschließt. |

Tadschikistan

| | |
|-----------|--|
| 25.6.2008 | Die russische Staatsduma ratifiziert ein Übereinkommen zwischen Russland und Tadschikistan, nach dem das Nurek-Weltraumkontrollsystem zum Ausgleich der tadschikischen Staatskreditschulden in russischen Besitz übergeht und Tadschikistan 50 Mio. US-Dollar in den Bau des Wasserkraftwerkes von Sangtruda-I investiert. |
| 25.6.2008 | Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde beklagen die Zerstörung der einzigen Synagoge des Landes, die dem Neubau des Präsidentenpalastes weichen musste. |
| 26.6.2008 | Präsident Emomali Rachmon empfängt Marc Perrin de Brichambaut, den Generalsekretär der OSZE, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit seines Landes mit der Organisation. |

| | |
|-----------|--|
| 27.6.2008 | Nach der aktuellen Fassung der von der Weltbank zusammengestellten World Governance Indicators sind in Tadschikistan große Fortschritte im Bereich Rechtsstaatlichkeit zu verzeichnen. |
| 27.6.2008 | Die Regierung plant die Gründung eines Institutes, das sich mit der Bildung und Entwicklung des Images des Landes national wie international beschäftigen soll. |
| 30.6.2008 | Der 2. Abschnitt des Sangtuda-I-Wasserkraftwerkes mit einer geplanten Kapazität von 167,5 MW hat am Morgen seine Arbeit aufgenommen. |
| 30.6.2008 | Nach Erhebungen des Staatlichen Komitees für Statistik sind 53 % der Bevölkerung arm (d.h. sie verfügen über weniger als 40,5 US-Dollar im Monat) und 17 % sehr arm. |
| 1.7.2008 | Präsident Rachmon und der Chef des Büros des russischen Präsidenten, Sergej Naryschkin, sprechen in Duschanbe über die bilaterale Kooperation, die Erweiterung des Energiesektors und die Exploration der tadschikischen Öl- und Gasvorkommen. |
| 2.7.2008 | In Chorog wird von Innenminister Machmadnazar Solechow, den Vorsitzenden der Sicherheitsagenturen und Vertretern der Bürger der Region Berg-Badachschan eine Absichtserklärung unterzeichnet, mit dem Recht und Ordnung wieder hergestellt werden sollen. |
| 2.7.2008 | Seit Jahresbeginn wurden 200.000 m ² Land von aus dem Bürgerkrieg stammenden Minen geräumt. Insgesamt sind jetzt damit mehr als 1,5 Mio. m ² geräumt, dem stehen noch 20 Mio. m ² zu räumende Flächen gegenüber. |
| 2.7.2008 | Deutschland stellt dem National Social Investment Fond weitere 5 Mio. Euro für die Verbesserung der Grundschulbildung in der Provinz Chatlon zur Verfügung. |
| 3.7.2008 | An der ca. 1000 km langen tadschikisch-kirgisischen Grenze wird ein starkes Anwachsen des Drogenschmuggels beobachtet. |
| 7.7.2008 | Während seines Astana-Besuches trifft Präsident Rachmon zu Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew und dem türkischen Präsidenten Abdullah Gül sowie einigen seiner zentralasiatischen Amtskollegen zusammen. |
| 7.7.2008 | Nach Angaben der tadschikischen Elektrizitätsgesellschaft müssen wg. der Errichtung des Rogun-Wasserkraftwerkes, bzw. des Stausees mehr als 1.000 Familien umgesiedelt werden. |
| 9.7.2008 | Während eines mehrtägigen Besuches des afghanischen Innenministers Eng Zazar Ahmad Moqbel in Duschanbe wird eine Vereinbarung über den gemeinsamen Kampf gegen den Terror und die Drogenkriminalität unterzeichnet. |
| 11.7.2008 | 40 tadschikische Staatsbürger werden im Gebiet Rostow der Russischen Föderation aus der Sklaverei ähnlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen befreit. |
| 14.7.2008 | Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Pierre Morel, trifft zu Gesprächen über die Implementierung der EU-Zentralasienstrategie in Duschanbe ein. |
| 16.7.2008 | Der Vorsitzende des Obersten Gerichtes, Nusratullo Abdullojew, beschuldigt in einem Interview den usbekischen Geheimdienst, hinter dem Bombenanschlag auf das Oberste Gericht am 16.6.2007 zu stecken. Der inzwischen verurteilte tadschikische Täter habe Kontakte mit dem usbekischen Geheimdienst gehabt. |
| 17.7.2008 | Mehrere Nachrichtenagenturen melden, dass im Gebiet Chatlon nahe der afghanischen Grenze ein Dorf von afghanischen Freischärlern überfallen wurde. Tadschikische Sicherheitskräfte bestreiten das allerdings. |
| 21.7.2008 | Usbekistan hat zum wiederholten Male wegen unbezahlter tadschikischer Schulden seine Gaslieferungen nach Tadschikistan eingeschränkt. |
| 21.7.2008 | In Tadschikistan sind offiziell 1.231 HIV-Infizierte registriert, davon 182 neu in der ersten Jahreshälfte. |
| 22.7.2008 | Die Stromproduktion ist in den ersten sechs Monaten des Jahres um 15,7 % gesunken, Tadschikistan exportiert dennoch Strom nach Usbekistan und Kirgistan, um seine Energieschulden aus dem letzten Winter abzutragen. |
| 22.7.2008 | Das Energieministerium teilt mit, dass die Stromrationierung in diesem Jahr nach dem Unabhängigkeitstag (9.9) beginnen wird. |
| 24.7.2008 | Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gibt bekannt, dass sie der Regierung einen Kredit von 25 Mio. Euro zur Rekonstruktion des Nurek-Wasserkraftwerkes zur Verfügung stellt. |
| 25.7.2008 | Beim regulären Treffen des Rates der Außenminister der SCO in Duschanbe wird das bevorstehende Gipfeltreffen der Präsidenten der Organisation vorbereitet. |
| 25.7.2008 | Außenminister Sarifi und sein chinesischer Amtskollege Yang Jiechi unterzeichnen ein Kooperationsabkommen für die Jahre 2008/09. |

Turkmenistan

| | |
|-----------|--|
| 23.6.2008 | Amnesty International fordert eine Delegation der Europäischen Union, die zu Gesprächen über Menschenrechte nach Aschgabad reist, dazu auf, bei der turkmenischen Regierung auf die Einhaltung ihrer Verpflichtungen gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu drängen. |
| 24.6.2008 | Die Regierung beschließt die Einführung neuer Banknoten zum 1. Januar 2009. Alte Banknoten bleiben 2009 gültig. |
| 24.6.2008 | Turkmenistan wird Tadschikistan bis 2010 jährlich 1 Billion KWh Strom liefern. |
| 30.6.2008 | In Anwesenheit ausländischer Diplomaten wird ein Gefängnis in der Stadt Turkmenbaschi abgerissen. In dem für 700 Häftlinge vorgesehenen Bau von 1949 waren zuletzt mehr als 1.900 Personen untergebracht. |
| 1.7.2008 | Die Preise für Eisenbahnfahrkarten im Nah- und Fernverkehr werden um mehr als das Zehnfache angehoben. |
| 4.7.2008 | Russlands Präsident Medwedjew trifft im Rahmen eines Staatsbesuchs in Aschgabad Gesprächen mit Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow zusammen. Hauptthema ist die Zusammenarbeit im Gassektor. |
| 4.7.2008 | Sasak Durdymuradow, ehrenamtlicher Kommentator für Radio Free Europe/Radio Liberty wird nach zwei Wochen Haft in einer psychiatrischen Klinik frei gelassen. |
| 8.7.2008 | Mit der Aufführung des erstmals 1944 inszenierten, folkloristischen Werkes »Garib und Schasen« wird die Oper von Aschgabad in Anwesenheit von Präsident Berdymuchammedow wiedereröffnet. Wie Zirkus und Ballett war die Oper von seinem Vorgänger als »dem turkmenischem Volke fremd« eingestuft und geschlossen worden. |
| 16.7.2008 | Präsident Berdymuchammedow trifft zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Rumänien ein. |
| 22.7.2008 | Nach einer Sitzung der Verfassungsreformkommission gibt Präsident Berdymuchammedow Einzelheiten über den Entwurf der neuen Verfassung bekannt, u.a. soll das Oberhaus des Parlamentes abgeschafft werden und Privatbesitz besser geschützt sein. |

Usbekistan

| | |
|-----------|--|
| 23.6.2008 | Das Parlament ratifiziert das UN-Protokoll über den Kampf gegen den Menschenhandel. |
| 23.6.2008 | Präsident Islam Karimow unterzeichnet eine Resolution zur Gründung eines Forschungszentrums für Demokratisierung und Liberalisierung der Rechtsgesetzgebung und zur Schaffung eines unabhängigen Justizsystems. |
| 26.6.2008 | Verteidigungsminister Ruslan Mirsajew und sein südkoreanischer Amtskollege Lee Sang-Hee unterzeichnen in Seoul ein Memorandum über militärische und technische Zusammenarbeit. |
| 26.6.2008 | In Taschkent werden 1.435 kg beschlagnahmte Rauschmittel öffentlich verbrannt. |
| 29.6.2008 | Der Senat, das Oberhaus des Parlamentes, stimmt dem Gesetz zum Beitritt zur UN-Antikorruptions-Konvention zu. |
| 30.6.2008 | Der Generaldirektor von Uzautor, T. Schalilow, teilt mit, dass GM Usbekistan ab Juli den neugestalteten Daewoo Nexia produzieren wird. |
| 30.6.2008 | Allen Studienanfängern an den 60 Universitäten und Colleges des Landes sollen 2008/09 die Studiengebühren erlassen werden, für alle anderen Studenten sollen sie um durchschnittlich 50 % auf ca. 900 US-Dollar im Jahr steigen. |
| 1.7.2008 | Usbekistan beginnt in der Region Buchara mit dem Bau seines Teilstücks der Turkmenistan–China–Pipeline, die geschätzten Kosten liegen bei 2 Mrd. US-Dollar. |
| 1.7.2008 | Ein Fernsehsender in Namangan beschuldigt in einem Bericht Radio Liberty, die Redefreiheit zu missbrauchen. Die Sendung ist Teil einer ganzen Reihe von gegen Radio Liberty und seine usbekischen Mitarbeiter gerichteten Beiträgen. |
| 2.7.2008 | Auf einem hochrangigen Regierungstreffen wird über Maßnahmen gegen die Verbreitung von HIV beraten. Obwohl die offizielle Zahl der Fälle vergleichsweise gering ist, hat Zentralasien eine der am schnellsten ansteigenden Infektionsraten weltweit. |
| 3.7.2008 | Während des Besuches einer hochrangigen pakistanischen Militärdelegation wird ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. |
| 3.7.2008 | Der Film »Das 18. Viertel« von Dschachangir Kasymow erhält auf dem internationalen Filmfestival in Moskau den Sonderpreis des Russischen Antiterrorismuskomitees. |
| 3.7.2008 | Die beiden Kammern des Parlamentes billigen eine Resolution über Maßnahmen zur Verbesserung der Unterstützung von NGOs und anderen Institutionen der Zivilgesellschaft. |
| 4.7.2008 | Die bekannte Menschenrechtlerin Mutabar Tadschibajewa beschuldigt in einer öffentlichen Erklärung die Regierung, durch einen operativen Eingriff während ihrer Haft vorsätzlich ihre Gesundheit geschädigt zu haben und ihr nun eine gute Behandlung vorzuenthalten, da es ihr unter Androhung der Inhaftierung verboten ist, die Stadt Margilan zu verlassen. |

| | |
|-----------|---|
| 4.7.2008 | An den Feierlichkeiten zum amerikanischen Unabhängigkeitstag in der US-Botschaft in Taschkent nahmen zum ersten Mal seit drei Jahren auch hochrangige usbekische Politiker teil. |
| 6.7.2008 | Ein Großfeuer zerstört den Askia-Basar in Taschkent, besonders betroffen ist der Lebensmittelbereich. |
| 8.7.2008 | Die usbekische Regierung will durch die Wiederinbetriebnahme alter und die Einrichtung neuer Uran-Minen die Produktion um 150 % auf 3.500 t im Jahr steigern. |
| 8.7.2008 | Außenminister Anwar Salihbajew führt in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Alexej Borodawkin Gespräche über die SCO. |
| 8.7.2008 | Die Zeitung »Narodnoe Slowo« meldet, dass die landwirtschaftliche Bruttoproduktion im Vergleich zum Vorjahr um 104,8 % gestiegen sei. |
| 10.7.2008 | Im Distrikt Kagan, Gebiet Buchara, kommt es zu einer Explosion und einem Großfeuer in einem Militärdepot. Nach offiziellen Angaben sterben 3 Menschen, 21 werden verletzt. Inoffizielle Zahlen liegen wesentlich höher. |
| 11.7.2008 | Der bekannte Menschenrechtler Aksam Turgunow wird verhaftet. Turgunow war bereits 1998 zu einer 6-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden, aber 2000 im Rahmen einer Amnestie freigekommen. |
| 13.7.2008 | Die BBC meldet, dass sich mit Toschpolat Joldaschew auch der letzte unabhängige, regierungskritische Politikexperte gezwungen gesehen hat, Usbekistan zu verlassen. |
| 18.7.2008 | Präsident Karimow empfängt den japanischen Finanzminister Fukuschiro Nukaga zu Gesprächen über den Ausbau der Wirtschafts- und Investitionsbeziehungen zwischen beiden Ländern. |
| 18.7.2008 | Bei einer Sitzung des Kabinetts wird bekanntgegeben, dass das BIP in der ersten Jahreshälfte um 9,3 % gestiegen ist, die Industrieproduktion stieg um 12,2 %, Landwirtschaft um 5,4 %, Dienstleistungen um 18,9 %. |
| 21.7.2008 | Der Emir von Kuwait Scheich Sabah Al-Ahmad Al-Dschaber As-Sabah wird von Präsident Karimow zu Gesprächen über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen empfangen. Es werden Dokumente über wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. |
| 21.7.2008 | Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt seit den Explosionen in Kagan macht Präsident Karimow die sowjetischen Architekten des Depots und das Verteidigungsministerium für den Vorfall verantwortlich. Die Stadt, in der sich auch der Bahnhof Bucharas befindet, ist nach wie vor von der Außenwelt abgeriegelt. |
| 21.7.2008 | Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret, nach dem die Mindestgehälter, Renten und Stipendien zum 1.9. um ca. 20 % angehoben werden. |
| 22.7.2008 | Präsident Karimow empfängt den US-Botschafter in Usbekistan zu Gesprächen über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen, Fragen der regionalen Sicherheit und Menschenrechte. |
| 24.7.2008 | Die Gehälter von Lehrern, Professoren und in der Bildungsverwaltung Beschäftigten werden zum 1.9. um ca. 25 % angehoben. |
| 25.7.2008 | Im Gebiet Krasnojarsk (RF) wird Murad Juldaschew unter dem Verdacht der Beteiligung am Aufstand von Andischan und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen. Er soll nach Usbekistan ausgeliefert werden. |
| 25.7.2008 | Igor Woronzow, Vertreter von Human Rights Watch, wird aus Usbekistan ausgewiesen. Woronzow war die für seine Tätigkeit erforderliche staatliche Registrierung verweigert worden. |

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2008 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russlandanalysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de